



Beamtenbesoldung

31.3.2009
Nr. 043/09

531 Millionen Euro mehr für niedersächsische Beamte und Pensionäre in 2009 und 2010 -Land überträgt Tarifabschluss

HANNOVER. Niedersachsen überträgt den auch von den Gewerkschaften als „guten Kompromiss“ gewürdigten Tarifabschluss bei den Angestellten auf seine Beamten. „Damit kommen wir den Forderungen nach einer schnellstmöglichen Umsetzung der Einigung für die Landesbeamten nach. Darüber hinaus wird es am 14. April 2009 einen weiteren Meinungs-austausch mit den Gewerkschaften über die zukünftige Struktur des Beamten- und Besoldungsrechts in Niedersachsen geben. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften werden wir dann die Chancen und Möglichkeiten ausloten, die uns mit der Übertragung der Zuständigkeit für das Beamten- und Besoldungsrecht nun offen stehen“, so Ministerpräsident Christian Wulff im Anschluss an die heutige Kabinettsitzung.

Kontakt:
Olaf Glaeseker
☎ (0511) 120-6946
Birgit Diers
☎ (0511) 120-8186

Heute hat die Landesregierung in ihrer Sitzung beschlossen, rückwirkend zum 1. März 2009 die Bezüge aller Beamtinnen und Beamten um einen Sockelbetrag in Höhe von 20 Euro zu erhöhen. Das so gesteigerte Grundgehalt wird ebenfalls rückwirkend vom 1. März 2009 an um weitere drei Prozent erhöht. Am 1. März 2010 werden die Bezüge um erneut 1,2 Prozent gesteigert.

Beide Besoldungserhöhungen werden in gleicher Weise auf die Pensionäre und alle anderen Versorgungsempfänger des Landes übertragen. Dafür entstehen für das Jahr 2009 Kosten in Höhe von 208 Millionen Euro (veranschlagt in Haushaltsplan 142 Millionen Euro) und für das Jahr 2010 rund 323 Millionen Euro (veranschlagt in der Mittelfristigen Planung 283,4 Millionen Euro).

Ministerpräsident Christian Wulff: „Mit der Übertragung des Tarifergebnisses werden die Beamten nach der Besoldungserhöhung zum 1. Januar 2008 eine weitere spürbare Gehaltssteigerung erfahren. 2008 hatte Niedersachsen mit der dreiprozentigen Besoldungserhöhung – im Gegensatz zu einigen anderen Ländern – ein klares Zeichen gesetzt, dass das Land im Rahmen des finanziell Vertretbaren alles tut, um die gute Arbeit seiner Bediensteten auch finanziell zu würdigen“. Mit den geplanten Besoldungserhöhungen in den Jahren 2009 und 2010 setzt Niedersachsen ein weiteres Signal für die Wertschätzung seiner Beamtinnen und Beamten. Wulff: „Die täglichen Leistungen unserer niedersächsischen Beamtinnen und Beamten sind herausragend. Bei Polizei und Feuerwehr, in den Schulen, Hochschulen, in der Finanzverwaltung, den Ämtern und allen anderen Bereichen, leisten unsere Beamtinnen und Beamten jeden Tag motiviert hochqualifizierte Arbeit, um den Menschen in Niedersachsen und unserem Land zu dienen. Die heute von der Landesregierung beschlossene Besoldungserhöhung ist eine finanzielle Anerkennung dieser Leistung. Sie schafft damit auch in schwierigen Zeiten Planungssicherheit im doppelten Sinne: Die Beamten wissen nun, was sie in den nächsten Jahren erhalten, und sie wissen, dass sie es erhalten. Dies ist in Zeiten, in denen viele Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, eine gute Perspektive für die Zukunft, zudem die Inflationsrate niedrig ist.“ Der erforderliche Gesetzentwurf soll in Kürze in den Landtag eingebracht werden.

Der von den Gewerkschaften in diesem Zusammenhang erhobenen Forderung nach einem um weitere 20 Euro auf 40 Euro erhöhten Sockelbetrag entspricht die Landesregierung ausdrücklich nicht. Denn damit wäre das Tarifergebnis nicht umgesetzt worden. Die im Tarifabschluss für die Beschäftigten enthaltenen weiteren 20 Euro sind dort nur eine Kompensation für den Wegfall einer Leistungsvergütung, die monatlich im Durchschnitt 20 Euro ausmacht und nun rückwirkend zum 1. Januar 2009 entfällt. Sie wird im

Tarfbereich im Jahr 2009 nur noch als Einmalzahlung von insgesamt 40 Euro für die Zeit vor dem Tarifabschluss - die Monate Januar und Februar - gewährt. Ab März entfällt sie, so dass auch die Tarifbeschäftigten per Saldo mit dem neuen Tarifvertrag ab März "nur" einen durchschnittlichen Erhöhungsbetrag von 20 Euro erhalten – genauso wie die Beamten. Damit ist zugleich klar, dass die Beamten für Januar und Februar die Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 40 Euro nicht erhalten.

Wulff räumte ein, dass der von den Gewerkschaften thematisierte Konflikt um den Wegfall der Einmalzahlung nicht gelöst sei. „Die Niedersächsische Landesregierung ist sich bewusst, dass die Beamtinnen und Beamten mit dem Wegfall einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre leisten. Das haben und werden wir nicht vergessen. Eine Wiedereinführung würde jedoch gerade in der jetzigen Zeit den Landeshaushalt überfordern. Die niedersächsischen Beamten können sich auch auf die Sicherheit der Pensionen verlassen, weil das Land den Weg in den Schuldenstaat verlassen hat. Es werden aber immer noch Schulden gemacht, was Handlungsspielräume in der Zukunft verringert, und die globale Finanzkrise lässt erhebliche Steuermindereinnahmen erwarten. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass in den meisten Ländern, die in Teilen eine Einmalzahlung zahlen, eine höhere Wochenarbeitszeit für Beamte gilt. Niedersachsen ist aus guten Gründen bei der 40 Stunden Woche geblieben“.